Freitag, den 11. September.

Thorner Zeitung.

№ 213.] Erscheint täglich Morgens mit Ausnahme des Montags. — Pränumerations-Preis für Einheimische 25 Sgr. Auswärtige zahlen bei den Königl. Post-Anstalten 1 Thlr. — Inserate werden täglich bis 4 Uhr Nachmittags angenommen und kostet die dreispaltige Zeile gewöhnlicher Schrift oder deren Raum 1 Sgr. 6 Pf. [1868.

Deutschland.

Berlin, d. 9. September. Der König hat in Spandau die verschiedenen Systeme der Schußwaffen geprüft und hat sich in erster Linie das preußische Zündnadelgewewehr, in zweiter das englische Hinterladungsgewehr und in dritter das französische Chassepot herausgestellt. — Im Ausland hat die verschobene Rekruten-Aushebung den besten Eindruck gemacht. Preußen ist in den Ruf eines friedliebenden Staates gekommen, dem ernstlich alle Ideen von weiteren Eroberungen fern liegen. Es könnte die Maßregel auch nur weiter entfernt von uns diese und ähnliche Reflexionen hervorrufen, obgleich feststeht, daß eine Demonstration zu Gunsten unserer auswärtigen Politik gar nicht beabsichtigt war. Reichte das Geld, so wären die Rekruten wie gewöhnlich eingetreten. Die Bundesmilitärverwaltung war froh, wenn sie mit den ihr überwiesenen Fonds fertig wurde, und für diesen Fall dachte sie bestimmt nicht an Störungen. Daß sie die Aushebung erst nach drei, resp. zwei und einem halben, resp. einem Monat vornimmt, ergiebt sich aus den zu sehr afficirten Beständen der Verwaltung, die sich vorzusehen hatte, daß sie nicht in ein Deficit hineingerieth. Sie war zu ihrer Maßnahme durch das Verhalten des Bundesrathes gezwungen, es geht also etwas ganz Natürliches, keine Demonstration vor sich, und wer diese entdecken will, weiß sich in den Verhältnissen, wie sie wirklich liegen, nicht zu orientiren. — Dr. Strousberg aus Berlin war dem „Tgbl." zufolge dieser Tage in Hannover anwesend, um die Uebergabe der Egestorff'schen Maschinenfabrik, die schon am 1. Oct. stattfinden soll, einzuleiten. Als Käufer werden Dr. Strousberg und Krupp in Essen genannt, die ihrerseits weitere Schritte zur Bildung einer Actien-Gesellschaft gethan haben.

— Nach der Revue in Dresden am 8. über die 1. Infanteriedivision des 12. Bundesarmeecorps fuhr Se. Maj. der König von Preußen mit seinem Bruder, dem Prinzen Albrecht, nach dessen Villa Albrechtsburg. Dann fand das Galadiner im hiesigen Schlosse statt, an welchem die ganze sächsische Königsfamilie Theil nahm. Sämmtliche Stabsofficiere, die anwesenden Minister und andere hochgestellte Personen waren eingeladen. Das ganze Zusammensein der beiden Herrscher und ihrer Angehörigen trägt den Charakter einer Familienzusammenkunft; politische Angelegenheiten sind dem Vernehmen nach bisher nicht verhandelt. — Am 8. fuhr S. Maj. der König von Dresden nach Berlin zurück.

— Durch die königliche Verordnung sind gegenwärtig für die Militärberechtigten in den neu annectirten Landestheilen die Bestimmungen für die Civilversorgung und Civilanstellungs-Berechtigung in Kraft getreten. Ausdrücklich befindet sich dabei jedoch bestimmt, daß die Militäranwärter aus dem Zeitraum vor dem 1. Oct. 1866 mit den erst neuerdings hinzugetretenen civilanstellungsberechtigten Militärpersonen durchaus gleiche Rechte besitzen sollen. Ebenso gewährt der Besitz von im Kriege erworbenen preußischen Orden und Ehrenzeichen vor den ebenfalls im Kriege erworbenen hannoverschen, hessischen und nassauischen Orden und Ehrenzeichen keinen Vorzug. Außerdem findet auf diejenigen Personen, welche, ohne die Civilanstellungsberechtigung zu besitzen, schon während des Zeitraums vor dem 30. September v. J. ohne feste Anstellung, aber mit Aussicht auf eine jetzt civilanstellungsberechtigte Stellung eingetreten sind, die nunmehrige Verordnung keine nachträgliche Anwendung. Sonst sind die Bestimmungen und ist der Umfang der erlassenen neuen Verordnung genau der wie auch in den alten Provinzen, nur sind die Stellungen, welche künftig ausschließlich nur mit civilanstellungsberechtigten Militärs besetzt werden dürfen, zur Richtschnur für die betreffenden Behörden und Magistrate in dem neuen Erlaß speciell bezeichnet worden.

— Die Bestimmungen über die diesjährige spätere Einstellung der Rekruten kommt für die Linien-Infanterie einer vollen viermonatlichen Beurlaubung von über 36,000 Mann, und die norddeutschen Contingentstruppen eingerechnet, von ca. 45,000 Mann gleich, und werden sich für diese Waffe die Ersparungen an Sold und dem üblichen Verpflegungszuschuß zwischen 600,000 bis 700,000 Thlr., für die gesammte norddeutsche Infanterie aber auf nahe eine Million berechnen. Die spätere Rekruteneinstellung auch für die meisten andern Waffengattungen mit in Betrach gezogen, darf die so erzielte Ersparung indeß mindestens auf 1,500,000 Thlr. geschätzt werden, wodurch

Stimmung in Frankreich.

Der „Nat. Ztg." wird aus Paris mitgetheilt: Bei aufmerksamer Beobachtung der öffentlichen Stimmung in Frankreich läßt sich leider nicht verkennen, daß trotz aller Betheuerungen friedfertiger Gesinnungen seitens des Kaisers selbst und seiner Minister und trotz aller Beruhigungsartikel im „Constitutionel" das Mißtrauen in Betreff der bestehenden Lage immer weiter um sich greift, oder richtiger gesagt, daß der Glaube an die Unvermeidlichkeit eines Krieges immer allgemeiner wird. Die Zeitungen bringen in diesem Punkte die öffentliche Stimmung keineswegs zum richtigen Ausdruck, da sie entweder, wie die Offiziösen, nur Sprachrohrdienste für die Regierung thun, oder, wie die Organe der verschiedenen Färbungen der Opposition, lediglich ihre Wünsche und Parteihoffnungen vortragen. In Frankreich besteht kein Blatt, das, wie die „Times" in England, sich die Aufgabe gestellt hätte, ein Ausdruck der jeweiligen Strömungen der öffentlichen Meinung zu sein, und bei der tiefgehenden Spaltung unter den französischen Parteien wäre dies ja auch eine Unmöglichkeit. Will man also die Anschauungen der französischen Nation kennen lernen, so muß man außerhalb der journalistischen Kreise mit Auge und Ohr beobachten, und da ergiebt sich die vorstehend angedeutete Wahrnehmung. Innerhalb der bürgerlichen Berufsklassen sowohl wie in den Kreisen, die sich fach- oder gewohnheitsmäßig mit Politik befassen, waltet die Ueberzeugung vor, daß die Tage des Friedens gezählt seien. Bezeichnend genug aber ist es, daß nur sehr Wenige diesen Krieg wünschen, und noch bezeichnender, daß nicht die offenen politischen Fragen, sondern fast ausschließlich die inneren Zwistigkeiten Frankreichs als dessen bedingende Ursachen angesehen werden. Für den Erwerb der deutschen Rheinlande hat sich trotz der Brandpredigten Girardin's bis jetzt niemand begeistert; näher liegt den Meisten die Wiederherstellung des Einflusses und der Machtstellung Frankreichs, die man durch die Stärkung Deutschlands durchaus als verringert betrachten will. „Mein Nachbar ist größer, folglich bin ich kleiner geworden und mein Interesse erheischt, ihn in seine vormalige Taille zurückzudrängen", so lautet in diesem Punkte das französische Raisonnement, dem weder mit Gründen der Vernunft noch der Billigkeit beizukommen ist.

Aber, wie gesagt, ein weit größerer Einfluß auf die Kriegsfrage als dem Verhältnisse Frankreichs zu den Nachbarmächten wird vom Volksbewußtsein der inneren Lage des Landes beigemessen. „Unsere Regierung hat nun schon alles Mögliche versucht, um sich sattelfest zu machen, es ist ihr nichts geglückt und nur ein Krieg kann ihr aus ihrer verlegenheitsvollen Lage heraushelfen", dies ist der Hauptgrund, weshalb man nicht an den Bestand des Friedens glaubt. Daß dem Kaiser hierzu jedes andere Mittel lieber wäre, als dies gewagte nnd zweifelhafte, dürfte man auch ohne seine wiederholten Betheuerungen glauben, aber er hat um sich herum eine Partei, bestehend aus seinem militärischen Hofstaate und den Ministern des Kriegs und der Marine, welche ihm offen zu demselben räth, die ihm stets die Versicherung wiederholt, daß Frankreich aus dem Kriege siegreich hervorgehen und nach demselben der Kaiser stark genug sein werde, um im Lande selbst, nöthigenfalls durch einen Staatsstreich, „Ordnung zu stiften". Als zuversichtlicher Wortführer dieser Gruppe konnte der junge Cassagnac im „Pays" gelten, bis ihm einstweilen durch einen von oben kommenden Machtspruch sein Handwerk gelegt wurde. Girardin, der sich vom Kaiserreich losgejagt hat, seitdem er in zwei Preßprozessen zu 20,000 Frs. Strafe verurtheilt worden, hetzt zum Kriege, weil er einen entgegengesetzten Ausgang desselben und so den Sturz der Regierung erwartet. Er ist eine durchaus frivole, unsaubere Natur und macht privatim kein Hehl daraus, daß es ihm vor Allem nur darauf ankommt, Lärm zu machen und Leser für sein Blatt zu gewinnen. Aber auch die Friedensliebe eines großen Theils der Oppositionspresse ist nicht aufrichtiger als Girardin's Kriegshetzerei. Der „Avenir national", der „Electeur", die „Tribüne" wünschen den Frieden, weil sie den Gedankengang der Hofkriegspartei für richtig halten und dagegen von dem stetigen Wachsthum der Opposition während der Friedensjahre den Sturz der Dynastie erwarten.

Inmitten dieser verschiedenen Strömungen ist die Stellung des Kaisers sicher nicht die angenehmste und bietet auch keine sonderliche Gewähr für die Dauerhaftigkeit seiner friedliebenden Gesinnungen. So lange die französischen Parteien die innere Fehde nicht einstellen — und dazu ist nicht die geringste Aussicht vorhanden — so lange wird auch Europa im gegenwärtigen Zustande der Unsicherheit erhalten werden. Wenn aber der „Constitutionnel" lamentirt, daß die Nation den Versicherungen der Regierung so geringes Vertrauen schenkt, so antwortet man ihm, daß dieselbe früher bezüglich der Aufrichtigkeit der Regierung gar zu üble Erfahrungen gemacht hat.

die anderweitigen Mehrausgaben für Militärzwecke demnach eine beträchtliche Verminderung erfahren würden.

— Indem der Berliner Correspondent der „Rh. Ztg." bezüglich der Gerüchte, denen zufolge dem nächsten Landtage die von der gesammten Bevölkerung so sehnsüchtig erwarteten Gesetzvorlagen einer Kreisordnung, eines Schulgesetzes &c. nicht gemacht werden, sich darüber beklagt, daß man es an betreffender Stelle mit der innern Gesetzgebung nicht so eilig hat, kann er gleichzeitig melden, daß dem Abgeordnetenhause gleich nach seinem Zusammentritt ein Gesetzentwurf, betreffend eine anderweitige Feststellung der Wahlbezirke vorgelegt wird. Wenn derselbe vom Hause angenommen würde, so wäre der Regierung eine conservative Majorität auf Jahre hinaus gesichert.

— Auf Antrag des evangelischen Gustav-Adolph-Vereins hat der evangelische Ober-Kirchenrath im Einverständniß mit dem Cultus-Ministerium die Abhaltung einer Collecte am Reformationsfest für die Zwecke der evangelischen Gustav-Adolph-Stiftung genehmigt und eine Verfügung an die Consistorien erlassen, um die Erträge der Collecte an die Haupt- und Zweig-Vereine der Stiftung abzuführen.

— Das Verzeichniß derjenien höheren Lehranstalten, denen die Berechtigung zur Ausstellung giltiger Qualifications-Zeugnisse für den einjährig freiwilligen Militärdienst zuerkannt worden ist, wird in den nächsten Tagen im Bundesgesetzblatt erscheinen. Es enthält im Ganzen 412 höhere Lehranstalten, nämlich: 254 Gymnasien, darunter 198 preußische, 78 Realschulen erster Ordnung, darunter 64 preußische, 17 Progymnasien, darunter 17 preußische, 31 höhere Bürgerschulen, darunter 29 preußische, 1 Marineschule, preußisch; in Summa 412 hörere Lehranstalten, darunter 322 preußische.

— Bezüglich der freundlichen Aufnahme, welche König Wilhelm am sächsischen Hofe gefunden, bringt die „Prov.-Corr." einen längeren Artikel, welcher mit folgenden Worten schließt: Der jetzige Besuch unseres Königs an dem befreundeten Hofe und die herzliche Aufnahme, welche er dort gefunden, werden gewiß dazu beitragen, die engen Beziehungen noch zu stärken und zu beleben.

— Der Staatsgerichtshof verurtheilte heute den Cabinetssecretär des Exkurfürsten von Hessen, Preser, in contumaciam wegen Majestätsbeleidigung und Hochverrath zu 3jähriger Zuchthausstrafe und 3jähriger Polizeiaufsicht. (Den Gegenstand der Anklage bildete die ihrer Zeit in Hessen verbreitete Proclamation, wegen deren bereits der Buchdrucker Plaut vor dem Staatsgerichtshof gestanden hat und freigesprochen ist.)

München. Der Gedanke einer süddeutschen Militärkommission hat anfänglich in Baiern selbst bei Nationalliberalen einen gewissen Beifall gefunden, weil man in der Unterordnung der einzelnen süddeutschen „Armeen" und Landesvertheidigung unter vorläufig irgend welche gemeinschaftliche Leitung aus verschiedenerlei untrüglichen Gründen den sicheren Uebergang zu der so wie so unausbleiblichen und sogar auf diesem Gebiete allerdringendst nothwendigen Unterordnung unter die preußische Oberleitung erblickte. Davon war man freilich von Anfang an überzeugt, daß es besser wäre, das seiner Zeit dennoch Nothwendige lieber gleich zu thun. Allein man glaubte, besonders Baiern mit seiner „für Selbstständigkeit ausreichend großen Armee" werde biezu sich zur Zeit noch nicht entschließen können, hat es ja doch auf dem Gebiete des Militärwesens in den kleinlichsten Dingen sogar Würtemberg im Widerstreben übertroffen. Man fängt nun aber in Folge der Detailerörterung der Frage auch in Baiern allmälig an, den Gedanken der süddeutschen Militairkommission mit gleich ungünstigen Augen anzusehen, wie von Anfang an in Baden. So reproduzirt die „Augsb. Abendztg." einen sehr eingehenden Artikel „Aus Karlsruhe" aus einem Wiener Blatte, in welchem der Stab vollends gebrochen und besonders der „bairischen Eigenbrödelei" der Text gelesen wird. Es heißt darin sodann: „Glaubt man, daß sich das Ministerium Varnbüler-Mittnacht aufrichtig der nationalen Politik Badens aufschließe, daß Fürst Hohenlohe die bairischen politischen Velleitäten zum Schweigen und die militärische Sonderstellung zum Opfer bringen könnte, wenn er auch wollte? Was soll also diese süddeutsche Militärkommission? kurz gesagt: wir glauben nicht daran." Der Schluß des Artikels lautet: „Zum Heile Deutschlands und zur Sicherung unserer Westgrenze am Oberrhein giebt es nur zwei Mittel: entweder eine Militär-Konvention mit Preußen oder — Eintritt in den Nordbund. Tertium non datur!

Ausland.

Oesterreich. Der Kaiser wird, wie es verlautet, drei Tage in Krakau und die doppelte Zeit in Lemberg weilen. Hr. v. Beust, welcher den Monarchen begleiten soll, wird somit hinlängliche Muße haben, mit den hervorragenden Landtagsmitgliedern zu unterhandeln So weit die Sachen jetzt stehen, kann der Reichskanzler auf einen günstigen Erfolg rechnen, vorausgesetzt, daß die Hand, die er reicht, nicht gar zu leer sein werde.

— Die Hoffnungen, die man auf die Mäßigung und die politische Einsicht der polnischen Nationalität setzen zu dürfen glaubte, scheinen sich nicht erfüllen zu wollen und es zeigt sich immer mehr, daß sich die Polen ebenso wie die Czechen und Slovenen nur von den wirren Phantasien des nationalen Egoismus leiten lassen. Das, was die Polen verlangen, ist nichts anderes als das Ende des Dualismus. Die Monarchie soll sich in eine Anzahl neuer Staaten auflösen, die nur durch ein loses Band zusammengehalten würden, und die Deutschen hätten die Lasten des neuen Staatenbundes zu tragen. Ungarn scheint die Forderungen der Polen unterstützen zu wollen, was, wie die Verhältnisse heute liegen, genügen würde, um fast mit Bestimmtheit sagen zu können, daß diese Forderungen früher oder später erfüllt werden. Dann würden wir uns auf dem direkten Wege zum Föderalismus befinden; denn auf die Dauer wird man auch Böhmen weitgehende Conzessionen nicht verweigern können und so bei den Gruppenlandtagen anlangen; der Reichsrath wird verschwinden. Ein mächtiges Ungarn mit einer Reihe von Nebenstaaten — wäre dann der neue österreichische Staatenbund.

— Die Tage kommen und gleichen einander nicht! So wenigstens in Oesterreich, wo sich heute wieder einmal zur Abwechselung die Aussichten freundlicher gestalten als während der abgelaufenen Woche. Der Episkopat zieht die unkluger Weise vorgestreckten Fühlhörner schnell wieder ein, nachdem er sich definitiv überzeugt hat, daß das Ministerium noch fest steht und daß der Kaiser demselben wenigstens vorläufig freie Hand zur Durchführung der confessionellen Gesetze läßt. Die steyrischen Bischöfe folgen die Eheprozeßakten ohne jede Weiterung aus, und auch die böhmischen, so namentlich der Leitmeritzer, scheinen sich damit begnügen zu wollen, daß sie nur „der Gewalt gewichen sind", wenn eine Gerichtskommission zur Uebernahme der Akten erscheint. Der Prälat bezeichnet den Schrank, in welchem die Fascikel zu finden sind; es wird in aller Freundschaft ein Protokoll über den Vorgang aufgenommen, welches der Kirchenfürst hier und da sogar schon im Voraus aufgesetzt hat, und dann werden die Commissarien als willkommene Gäste zur bischöflichen Tafel gezogen. Selbst unter dem Episkopate finden sich Leute genug, welchen nicht wie bei den polnischen und böhmischen Feudalen und Ultramontanen die Interessen Roms über diejenigen Oesterreichs gehen. Freilich wollen wir darüber nicht vergessen, daß die Stimmung über Nacht in ihr Gegentheil umschlagen kann, denn da hier alles von dem persönlichen Willen des Monarchen abhängt, so kann ein Decorationswechsel auf der ganzen Linie plötzlich und unerwartet eintreten. Einstweilen aber ist das Cabinet noch nicht in das Stadium der kaiserlichen Ungnade getreten. Das kann man auch daraus ersehen, daß die Wahl mehrerer Unterzeichner der czechischen Deklaration zu Bezirksobmännern — darunter auch die des Grafen Clam-Martinitz — von der Krone nicht bestätigt worden ist. Das ist immerhin ein Faktum, das laut genug spricht. Auch in Lemberg wird viel Staub unnütz aufgewirbelt. An eine dauerhafte Verschmelzung Galiziens mit den übrigen Erblanden freilich glaubt wohl Niemand, aber wir leben aus der Hand in den Mund und da gilt es denn für ausgemacht, daß die Polen die nächste Session noch dem Reichstage treu bleiben werden. Die Commission über die Anträge von Smolka und Zyblikiewicz auf Verwerfung oder Revision der Verfassung wird ihre Berichterstattung bis zur galizischen Kaiserreise verschleppen und dann wird sich durch ein Paar Concessionen, welche Franz Joseph mitbringt, alles leicht ausgleichen. Damit ist freilich die Zukunft keineswegs garantirt, aber es ist doch der Plan der Thun, der Schwarzberg, der Jablonowski gescheitert, die Dezember- und Maigesetze mittelst einer czechisch-polnischen Allianz über den Haufen zu rennen — und das ist immerhin auch schon etwas. Das Siegel auf diese Situation drückt Giskra's Cirkular an die Stadthalter.

Frankreich. Die innere Lage wird nun auch durch Arbeitseinstellungen gestört. In Marseille haben nämlich die Buchdrucker und in Paris die Holzschneider zu arbeiten aufgehört. Andere Corporationen sollen folgen wollen und man glaubt, daß eine Art von Einverständniß in dieser Hinsicht unter den Arbeitern herrscht. Was der Regierung jedoch viele Besorgnisse macht, ist die Haltung der Bauern welche das Militärgesetz noch mehr verletzte, als es die 45 Centimes-Steuer der Republik zur Zeit gethan hat.

Nach dem Berichte der „Patrie" war der Empfang, welcher dem Kaiser im Lager von Chalons wurde, ein ganz ausgezeichneter. Diese Sympathie soll sich besonders bei der Messe kund geben haben, welche gestern (der Bischof von Chalons stand der Feierlichkeit vor) im Lager gefeiert wurde. Der Kaiser und der kaiserliche Prinz knieeten trotz der brennenden Hitze während der ganzen Messe vor ihren Betstühlen. Dieses ist eine Neuerung, da der Kaiser früher der Messe zu Pferde anzuwohnen pflegte.

Wie der „Figaro" erzählt, kommen seit einigen Wochen in den verschiedenen Forts von Paris des Abends geheimnißvolle Sendungen an. Es werden lange schmale Kasten aus Eichenholz in dem inneren Hof des betreffenden Forts abgeladen, nachdem alle Zugänge zu demselben sorgfältig verschlossen worden sind. Der Kommandant des Forts nimmt den sorgfältig gehüteten Schatz in Empfang und läßt ihn in ein besonderes Zimmer bringen. Der Kasten, das Zimmer, Alles wird verschlossen, das betreffende Schlüsselbund von dem Offizier, welcher mit dem Kasten angelangt, wieder fortgenommen. Selbst die Artillerieofficiere, welche Näheres wissen können, sind schweigsam und weisen alle Fragen ihrer neugierigen Kameraden mit Hindeutung auf einen von ihnen geleisteten Eid zurück. Offenbar handelt es sich hierbei um die famosen Kugelspitzer.

Großbritannien. Der Bericht der Special-Commission des Parlamentes, welcher die Auslieferungsfrage behandelt, ist veröffentlicht worden. Die Commission empfiehlt eine größere Erleichterung für gegenseitige Auslieferung entflohener Verbrecher; die Verbrecherlisten seien vollständiger zu machen, als i. den Verträgen mit Frankreich, Amerika und Dänemark stipulirt ist. Politische Verbrecher — mit Ausnahme der Meuchelmörder — seien nicht auszuliefern.

Provinzielles.

♈ Löbau, 7. September. [Schulanstalt; Bürgermeisterwahl; Brandunglück: Moorbrand.] Zum 1 Oktober cr. kömmt die von dem Decan Hunt in Kauernick gegründete und geleitete Lehranstalt nach Neumark. Die durch diese Errungenschaft kühn gemachten Neumärker wollten nun wiederum versuchen auch das für die Kreise Strasburg und Löbau zu errichtende Königl. Gymnasium, dorthin zu bekommen, obgleich Regierung und Ministerium sich bereits für Löbau entschieden haben. Wie wir in der letzten Nummer des „Gr. Ges." lesen, scheint es, daß die Neumärker einen Beschluß der hiesi-

gen Stadtverordneten wodurch ein Gesuch des Hrn. Pfarrer Schellong um miethsfreie Ueberlassung einiger Zimmer in dem jetzt der hiesigen Kommune gehörigen, leer stehenden alten Gerichts-Gebäude, zur Benutzung für die von ihm in's Leben gerufene Lehranstalt, zurückgewiesen ist, zu ihren Gunsten ausbeuten wollen, Wie? ist freilich nicht erfindlich. Denn wenn auch dieser Stadtverordneten-Beschluß höchst seltsam erscheint, so ist derselbe doch nur durchgegangen, weil eben die katholischen Stadtverordneten, denen das Bestehen und Gedeihen der von dem evangelischen Pfarrer errichteten und geleiteten Lehranstalt, unliebsam sein mag, für diesen Beschluß stimmten; und daß diese ganz vorzüglich geleitete Anstalt vielen Katholiken ein Dorn im Auge ist, beweist wohl am besten der Umstand daß mehrere derselben ihre Knaben nicht in dieselbe, schicken sondern die Mehrkosten nicht scheuen und ihre Knaben nach Kauernick oder in eine andere katholische Lehranstalt geben. Uebrigens wird, wie verlautet, der Magistrat trotz des Stadtverordneten-Beschlusses dem Hrn. Pfarrer Schellong die erbetenen Zimmer zur Disposition stellen und die Beschwerde der Stadtverordneten abwarten. Sonst kann unsere Kreisschwester Neumark, in seltsamen Beschlüssen auch etwas leisten. So hat sie z. B. wie ich bereits früher meldete, dem Fiscus die Offerte gemacht das zu errichtende Gymnasial-Gebäude aus Kommunal-Mitteln zu bauen. Nicht lange darauf aber, als der Kommune die Erhöhung der Elementar-Lehrer-Gehälter ans Herz gelegt wurde, erklärt daß die Kommune durchaus nichts zu thun vermöge. Diese beiden Beschlüsse sind an betreffender Stelle bestens vermerkt und haben wesentlich mit dazu beigetragen, daß in der Gymnasial-Frage die Regierung sich für Löbau entschieden hat.

Zum Bürgermeister in Schwetz ist der hiesige Kreis-Gerichts-Büreau-Assistent Hr. Technau, ein geborener Schwetzer — gewählt. Es soll ein harter Wahlkampf zwischen der evangelischen und katholischen resp. deutschen und polnischen Partei gewesen sein. Von den 17 Stadtverordneten, die gewählt haben, bekennen sich 7 zum evangelischen, 7 zum katholischen und 3 zum mosaischen Glauben. Herr Technau der Kandidat der evangelischen, resp deutschen Partei erhielt 9, der Kandidat der anderen Partei 8 Stimmen.

Gestern Nachmittag war hier auch wieder einmal Feuer, das dritte in diesem Jahre. Es brannten auf der Grabauer Vorstadt 3 Häuser und 2 Scheunen nieder. Sämmtliche Gebäude waren von Holz mit Stroh gedeckt und standen dicht beisammen, und so griff denn das Feuer so schnell um sich, daß an Retten und Löschen gar nicht zu denken war und nur der günstigen Richtung des Windes ist es zu danken, daß das Feuer nicht einen noch größeren Umfang nahm. Der Inhalt der ganz gefüllten Scheunen ist ein Raub der Flammen geworden, auch von dem in den Häusern befindlich gewesenen Mobiliar ꝛc. ist herzlich wenig gerettet. Mehrere in dem einen Hause krank liegende Personen, wurden mit genauer Noth dem Feuertode entrissen. Das Feuer ist dadurch entstanden, daß Kinder hinter der einen Scheune sich ein Feuerchen gemacht hatten um darin Kartoffeln zu braten.

Auch das Schauspiel eines Moorbrandes haben wir hier, freilich nur sehr en miniatur. Ein 1/4 Meile von der Stadt gelegenes Moor brennt schon seit einigen Wochen. Auch dieses Feuer soll durch Hütejungen, die sich dort Kartoffeln braten wollten, entstanden sein. Zur Löschung desselben wird nichts gethan da es weiter nicht gefährlich ist. Nur eine Ziege, die vom Hunde gejagt in das glimmende Moor hineinlief, ist, obgleich sie von dem Hirten schleunigst herausgezogen wurde, an den erhaltenen Brandwunden verendet.

Lokales.

Personal-Chronik. Das Entlassungsgesuch des Oberpräsidenten der Provinz Preußen Dr. Eichmann, ist jetzt unter Anerkennung seiner großen Verdienste um den Staat genehmigt worden. Sein Nachfolger ist noch unbekannt.

— **Stadtverordneten-Versammlung am 9. d. Mts.** Herr Kroll Vorsitzender, im Ganzen 23 Mitglieder anwesend. — Vom Magistrat die Herren Stadträthe Joseph und Marx.

Auf Antrag des Magistrats genehmigt die Vers., daß das den beiden Lehrern zu übergebende Schulland, sowie der Turnplatz auf der Bromberger-Vorstadt eingezäunt werden. Die Umzäunung ist auf 275 Thlr, die Thurngeräthe auf 55 Thlr. veranschlagt. — Zum Ausbau des Hinterhauses des Artushofes Altstadt Nro 181, welcher von der Stadtverordneten-Versammlung vor 2 Jahren bereits beschlossen worden ist, mußte ein neuer Kostenanschlag angefertigt werden, da beim Abbruch Mauertheile entfernt werden mußten, auf deren Erhaltung man beim Entwurf des ersten Kostenanschlages im Januar 1866 gerechnet hatte. Hiedurch hat sich der zweite Anschlag gegen den ersten um circa 800 Thlr. erhöht und beträgt nun 8500 Thlr. Der Magistrat beantragt hienach, daß die Vers. auch die Erhöhung um 800 Thlr genehmige, was diese indeß ablehnt, weil sie über keine zu dem in Rede stehenden Bauzwecke bereiten Mittel zu verfügen hat. — Nach der Anzeige des Magistrats finden im November c. für die Stadtverordneten-Versammlung Neuwahlen statt und scheiden aus derselben folgende Herren: Aus der 3. Abtheilung Grau, Heuer, Schirmer, H. Schwartz. (Kaufmann); — 2. Abtheil. Dr. Bergenroth, Adolph, E. Hirschberger (Tischlermstr.), N. Neumann; — 1. Abth. Borkowski, Gieldzinski, Dr. L Prowe und Pichert. — Dem Herrn Sonnenberg wird das Badeschiff pachtweise noch bis zum 1. October c. und zwar für die tägliche Pacht von 1 Thlr., überlassen. — Der Magistrat hat mit Zustimmung der Vers. dem Töpfermeister Herrn Grau die Instandhaltung der der Kämmerei zugehörigen Oefen im Rathhause auf 10 Jahre vom 1. d. Mts. ab gegen eine jährliche Entschädigung von 75 Thlr. kontraktlich übertragen. — Der hiesige Frauenverein (Zweigstiftung des Allgemeinen Vaterländischen Frauenvereins), von dem hierorts dankenswerther Weise die Einrichtung eines Diakonissen-Krankenhauses angestrebt wird, hat sich an den Magistrat wegen Ueberlassung geeigneter Lokalitäten zur vorläufigen Aufstellung von 2 Lagerstätten und zur Unterbringung von 2 Diaconissinnen gewendet. In Folge dessen bringt zu diesem Zwecke der Magistrat den obersten Stock des interimistischen Krankenhauses im Hinterhause des Armenhauses in Vorschlag. Die Vers. jedoch, welche namentlich von den Herren Dr. Prowe und Schirmer warm befürworteten Unternehmen gern ihre Unterstützung angedeihen lassen will, erachtet die magistratsseits vorgeschlagenen Lokalitäten zu dem beregten Zwecke weder für geeignet, noch für entbehrlich und ersucht daher, der Magistrat wolle ihr baldigst anderweitige Lokalitäten in Vorschlag bringen, sowie auch eine Uebersicht der Kosten zusenden, welche der Kommune aus der Unterstützung des Unternehmens erwachsen können — Im Monat August c. betrug die Brücken-Einnahme 1866 Thlr. 3 Sgr., im Durchschnitt täglich 60 Thlr. 5 Sgr. 10 Pf., circa 19 Thlr. mehr als im August v. J. — Die Lieferung der Särge für arme verstorbene Personen vom 1. Jan. 1869/71 wird Herrn Tischlermeister Scherka übertragen — In Folge eines Antrages der Vers. sind von der Waisenhaus-Deputation behufs besserer Beköstigung der Kinder im Waisenhause die Verpflegungssätze modifizirt worden, und zwar soll die Berechnung der Vergütigung für die Verpflegung nach dem Preise des Roggens von 2 Thlr. pro Scheffel erfolgen und bei je 5 Sgr. mehr eine Zulage von 2 Sgr. 6 Pf anstatt des bisherigen 1 Sgr eintreten. Die Vergütigung ist ferner dem Waisenvater pro Tag und nicht wie bisher monatweise für jedes Kind zu berechnen Magistrat und Vers. traten diesem Vorschlage bei. — Die Untersuchung der Quellen, welche die bestehende städtische Wasserleitung speisen, durch den Stadtbaurath Herrn Marx hat den Erfolg gehabt, daß sich die Ueberzeugung herausgestellt hat, es sei die Wasserleitung mancher Verbesserung und einer beträchtlichen Erweiterung fähig. Um in dieser höchst wichtigen Angelegenheit das Urtheil eines erprobten Fachmannes und Spezialisten zu hören, schlägt der Magistrat vor, den Baurath Henoch aus Altenburg, mit welchem in jüngster Zeit auch die Stadt Danzig wegen einer geregelten Wasserversorgung Kontrakt abgeschlossen hat, zu ersuchen, gelegentlich unsere Quellen und lokalen Verhältnisse zu besichtigen und ein Gutachten darüber abzugeben. Die Vers. stimmt diesem Antrage zu und stellt hiezu 200 Thlr aus dem Restenfonds zur Disposition. — Mit dem Uhrmacher Herrn B. Meyer wird der bisherige Kontrakt auf 1 Jahr verlängert. — Nach dem Plane zur Beheizung der Zimmer für die städtische Verwaltung im Rathhause sind 6 Last Kohlen und 2 Klafter Brennholz als Zündematerial erforderlich, während früherhin 86 Klafter Klobenholz verbraucht wurden. Durch die Kohlenheizung werden 47 Klafter, gleich 267 Thlr. erspart. — In der Aula der Bürgerschule muß ein 2. parquetartiger Fußboden gelegt werden, weil der erste durch Zusammentrocknen der Bretter schlecht geworden ist Nach dem Anschlage betragen die Herstellungskosten des zweiten Fußbodens nebst Podium 310 Thlr. Die Vers. ist über diese Ausgabe noch nicht schlüssig geworden, sondern verlangt zuvor noch den Fonds nachgewiesen, aus welchem beregte Kosten gedeckt werden sollen. — Frl. Uebrick, welche mit Erfolg seit 5 Jahren einen Kindergarten leitet, hatte sich an den Magistrat mit dem Ersuchen gewendet, ihr für ihre Anstalt ein unbenutztes Klassenzimmer in der Bürgerschule zu überweisen, sowie auch die Benutzung der Aula derselben stundenweise zu gestatten. Der Magistrat hatte das Gesuch abgelehnt, weil in besagter Anstalt kein Klassenzimmer frei und daselbst der Kindergarten auch angemessen untergebracht wäre. Die Gesuchstellerin richtete darauf dasselbe Gesuch an die Vers., welche zwar den Gründen des Magistrats beistimmt, anderseits aber doch auf Befürwortung der Herren E. Schwartz Dr L. Prowe und Schirmer den Magistrat ersucht, derselbe wolle in Anbetracht der großen Nützlichkeit des Kindergartens der Genannten ein Zimmer in der ehemaligen Elementar-Knabenschule (Tuchmacher-Straße) versuchsweise, ev. für das bevorstehende Winter-Semester einzuräumen. — Der Magistrat zeigt an, daß für die Bibliothek in der höheren Töchterschule 5 Thaler über den Etat verausgabt sind, was darin seinen Grund hat, daß die Rechnung pro. 1867 erst in diesem Jahre bezahlt worden ist. — Nach Beantwortung der Monita zur Kämmerei-Kassen-Rechnung p. 1866 seitens des Magistrats ertheilt die Vers. desselben die Decharge. — Nach dem Geschäftsbericht der Gasanstalt pro Juli betrug die Gesammt Konsumtion 249,800 Kbfß., davon Privat-Konsum 207,939 Kbfß. mehr 13,339 Kbfß. als im Jeuli 1867. — Außerdem wurde ein Privatgesuch erledigt.

Industrie, Handel und Geschäftsverkehr.

— **Ein neuer Kochapparat.** Gegenwärtig nimmt ein von dem Lampen- und Metallwaaren-Fabrikanten Hrn David Hägerich in Nürnberg neu construirter Kochapparat, welcher mit Petroleum geheizt wird, das Interesse unserer Hausfrauen in Anspruch Mittelst dieses nach amerikanischem Systeme gefertigten Herdofens (rechand) kann in jedem Zimmer oder sonst beliebigen Raume auf die leichteste und in Folge der einfachen Vorrichtung wenig zeitraubende Art gekocht, gebraten, gebacken und geheizt werden, und überdies wird, was besonders hervorzuheben ist, eine sehr bedeutende Ersparniß an Brennmaterial erzielt. Der Apparat, von welchem Muster-Exemplare im hiesigen Gewerbemuseum ausgestellt sind, ist in verschiedenen Größen zu haben, sowohl für einzelne Personen berechnet, welche nur Thee, Kaffee ꝛc damit bereiten wollen, wie für kleinere und größere Familien zur Zubereitung vollständiger Mahlzeiten Insbesondere bieten diese Apparate auch den Gewerbsleuten, welche warmes Wasser, Leim, Kleister u s. w. zu jeder Tagesstunde brauchen, wesentliche Vortheile durch Zeit- und Brennmaterial-Ersparniß. Die bayersche Regierung hat Hrn. Hägerich ein Patent auf diese Erdöl-Koch-Apparate verliehen.

— **Elbzölle** Der „Weserztg" wird von hier geschrieben: „Die von dem letzten volkswirthschaftlichen Kongresse dringend befürwortete Aufhebung der Elbzölle dürfte bei der preußischen Regierung auf keine großen Schwierigkeiten stoßen, da diese bereits Anfang vorigen Jahres sich Mecklenburg-Schwerin gegenüber (bei den Verhandlungen über die Ratifikation der Bundesverfassung) bereit erklart hat, „mit den übrigen Elbuferstaaten über eine Entschädigung der großh. Regierung durch Ablösung ihres Elbzollantheils mit dem bei den Sund- und Staderzoll angenommenen 15½fachen Betrage der bisherigen Netto-Einnahme in Verhandlung zu treten. Mecklenburg mogte wohl fühlen, daß mit Annahme der Bundesverfassung der Aufrechthaltung der Elbzölle der Boden unter den Füßen weggenommen wurde, während Preußen zu dem erwähnten Versprechen sich herbeiließ, weil dadurch der einzig übrige der Unter-Elbuferstaaten, welche bis zum Jahre 1863 jede Erleichterung des Elbeverkehrs zu vereiteln gewußt hatten (Hannover, Mecklenburg, Lauenburg), der Aufhebung der Zölle geneigt gemacht wurde. Nach den Vereinbarungen der fünften Elbschiffahrts-Revisions-Kommission (vergl. Schlußprotokoll vom 4. August 1863) bleibt der einzige, in Wittenberge zur Erhebung gelangende Zoll bis zum 1. Januar 1875 in Kraft."

Silber-Rubel. Wie es heißt, werden mit dem Beginn des Januar künftigen Jahres ganze Rubel geprägt werden, und zwar fürs Erste 3 Millionen. Damit nun diese Geldstücke nicht mehr das Loos ihrer Vorgänger theilen und wegen des höheren Silbelwerths ins Ausland zu Umprägung geschleppt werden, wird man sie so legiren, daß ihr Kern mit dem Nennwerthe genau harmonirt und gegen Papier keinen Agiowerth hat. Bereits sind Proberubel im Curse. Das Gepräge ist gleich allen russischen Münzen sehr sauber und scharf, aber der Metallwerth, wie gesagt, nicht über dem Nennwerth. Speculanten werden doch immer noch Geschäfte machen; denn wenn die Bauern, in deren Hand sich die noch vorhandenen nicht über die Grenze geschmuggelten Silberrubel befinden, hören werden, daß die Silberrubel nicht hö-

her als Papier stehen, werden sie ihre versteckten, den neuen gleichgeachteten Silberrubel sicherlich nicht länger verwahren, sondern in den Verkehr bringen, woraus Kenner sie bald herausfinden und an sich bringen werden, um sie in's Ausland zu senden.

Telegraphischer Börsen-Bericht.

Berlin, den 10. Septbr. cr.

Fonds:	matt.
Russ. Banknoten	83 1/4
Warschau 8 Tage	83
Poln. Pfandbriefe 4%	65 5/8
Westpreuß. do. 4%	82 3/4
Posener do. neue 4%	84 3/4
Amerikaner	76
Oesterr. Banknoten	89 1/8
Italiener	52 1/4
Weizen:	
Septbr	65
Roggen:	unbelebt.
loco	55 3/4
Sept.-Oktbr.	55 1/4
Oktbr.-Novbr.	54 1/4
Frühjahr	51 7/8
Rüböl:	
loco	9 5/12
Frühjahr	9 5/6
Spiritus:	fest.
loco	20 7/8
Septbr.	20 1/8
Frühjahr	18 7/24

Getreide- und Geldmarkt.

Thorn, den 10. Septbr. Russische oder polnische Banknoten 83 1/4 — 83 1/2 gleich 120 1/6 — 119 5/6.

Danzig, den 9. Septbr. Bahnpreise.

Weizen, bunt, hellbunt und feinglasig 125—138 pfd. von 88—99 Sgr. pr. 85 Pfd.

Roggen, 128 — 133 pfd. von 66 — 68 Sgr. p. 81 5/6 Pfd.

Gerste, frische kleine u. große, 108—117 Pfd. von 56—60 Sgr. pr. 72 Pfd.

Erbsen, 73—74 Sgr. per 90 Pfd.

Hafer, frischer 35 Sgr. per 50 Pfd.

Spiritus ohne Zufuhr.

Stettin, den 9. Septbr.

Weizen matt.

Roggen, Herbst 54 Gd., Oktober-November 53 Gd., Frühjahr 51 1/2 Gd.

Rüböl loco fest.

Spiritus matter.

Amtliche Tagesnotizen.

Den 10. Septbr. Temp. Wärme 9 Grad. Luftdruck 28 Zoll 6 Strich. Wasserstand — Fuß 4 Zoll u. 0.

Verantwortlicher Redakteur Ernst Lambeck — Druck und Verlag der Rathsbuchdruckerei von Ernst Lambeck.